



BERLINER NOTIZEN

Bodo Seidenthal (MdB) informiert aus der Hauptstadt

Ausgabe 1, Nummer 3

Oktober 2000



10 Jahre Deutsche Einheit

Am Freitag hat Gerhard Schröder eine Regierungserklärung zum Stand des Vereinigungsprozesses zehn Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit vor dem deutschen Bundestag abgegeben. Die Bilanz kann sich sehen lassen, die Deutschen dürfen stolz auf das sein, was sie in den vergangenen zehn Jahren erreicht haben – auch wenn noch viel zu tun bleibt.

Ich hoffe, daß das gemeinsam Erreichte Anlaß genug ist, die Diskussion nicht auf das vom Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU Merz in der vorigen Woche vorgegebene Niveau abrutschen zu lassen. Seine Unterstellung, keiner der maßgeblichen SPD-Politiker habe 1990 die deutsche Einheit wirklich gewollt, gehört nicht nur in das Reich der Fabeln. Es ist auch schäbig und deshalb von Gerhard Schröder, Hans-Jochen Vogel und anderen Sozialdemokraten mit der notwendigen Klarheit zurückgewiesen worden.

Wir haben nicht vor, mit der Union in einen Wettstreit zu treten, wer denn nun mehr für die deutsche Wiedervereinigung getan hat. Fakt aber bleibt, daß kein sozialdemokratischer Abgeordneter dem Einigungsvertrag seine Zustimmung verweigert hat, wohl aber 13 Unionsabgeordnete. Und Fakt bleibt ebenfalls,

daß deutsche Politik ohne die von Willy Brandt und Hans-Dietrich Genscher eingeleitete und mühsam gegen die Widerstände der CDU/CSU durchgesetzte Entspannungspolitik keine Chance gehabt hätte. Ich stehe deshalb nicht an, die Union ausdrücklich dafür zu loben, daß sie die Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition nach ihrer Regierungsübernahme fortgesetzt hat. Das war gute Politik.

Allerdings haben wir den Menschen in Ost und West im Gegensatz zu anderen nie etwas vorgemacht und von Anfang an darauf hingewiesen, daß es großer Opfer und Anstrengungen bedürfe, bevor der steinige Weg der Wiedervereinigung und damit Willy Brandts Vision vom Zusammenwachsen dessen, was zusammengehört, vollendet ist. Das unterscheidet uns von der Union und war nicht immer populär, aber ehrlich!

Die Union ist durch ihre Spendenaffäre schwer beschädigt und eine Besserung ihres Rufes nicht in Sicht. Insofern ist die kühl kalkulierte Provokation von Herrn Merz, durch Diffamierung anderer vom eigenen Zustand abzulenken, nur allzu verständlich. Tun wir seine Unterstellung deshalb dorthin, wo sie hingehört: in den Mülleimer der Geschichte.



Moment mal...

Wer im Internet www.kanzlerkandidat.de eingibt, landet bis vor kurzem auf der Homepage von Jürgen Rüttgers!

Ob die Parteikollegen Merkel, Merz und Stoiber Herrn Rüttgers zurückgepfiffen haben, ist bislang unklar. Unklar ist auch, wie Jürgen Möllemann zu der Sache steht.

(PS: Jetzt gelangt man zu einer JU-Gruppe)

In dieser Ausgabe:

Zur Lage	2
Zur Entwicklung des Ölpreises	2-3
Zur Rentenreform	4
In eigener Sache	4



Zur Lage

Wir haben uns in diesen Tagen mit zwei wichtigen und nicht einfachen Themen auseinanderzusetzen: Den Folgen des starken Ölpreisanstieges und mit der Konkretisierung der Rentenstrukturreform. In beiden Fällen haben wir schwierige Entscheidungen zu treffen, aber auch gute Konzepte und Lösungen anzubieten.

Die CDU betreibt eine verlogene Kampagne und redet über die Ökosteuern, anstatt über die wahre Ursache, die Explosion des Ölpreises. Sie lenkt damit auch ab von ihrem eigenen Versagen, denn sie hat in der Zeit der Regierung Kohl viel zu wenig getan für die

einzig wirklich mögliche und auch ökologisch sinnvolle Strategie gegen hohe Ölpreise: Mehr Energieeffizienz, Einsparungen und Verringerung des Bedarfs. Die CDU hat das Gegenteil getan – sie hat Anreize dafür abgebaut.

In der Rentenfrage warten wir nach wie vor darauf, daß die CDU zu einer geschlossenen Linie findet.

Statt dessen beschäftigt sie sich wieder mit Kohl gegen Schäuble, diesmal in Erwartung eines Buches des einen. Vielleicht kommt ja auch noch ein Buch des anderen.

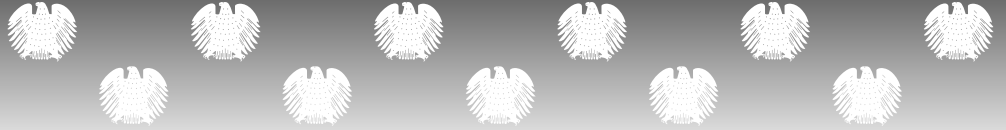
Zur Entwicklung des Ölpreises

Die Entwicklung des Rohölpreises ist nach wie vor besorgniserregend. Niemand traut sich derzeit eine Prognose zu, wie lange das Preishoch anhalten wird, obwohl die Experten sicher sind, daß der Preis wieder sinken wird.

Ich habe den Eindruck, daß sich die Einsicht, daß die derzeitige Preisentwicklung nichts mit der Ökosteuern zu tun hat, immer mehr durchsetzt. Der Shell-Manager Jeroen van der Veer, hat in der "Zeit" vom 21.9. auf die Fra-

ge: Ein Dollar Rohölpreisanstieg bringt Ihnen welchen Zusatzprofit? geantwortet: "Übers Jahr gesehen rund 400 Millionen Dollar."

Das ist eine klare Auskunft. In einer anderen Information des gleichen Unternehmens kann man lesen: "Der Weltmarktpreis für Rohöl hat sich in den letzten 20 Monaten mehr als verdreifacht. Von einem Tiefstand von rund 10 Dollar/Barrel (1 Barrel = 159 l) auf rund 35 Dollar/Barrel, dem Höchststand seit dem Golfkrieg 1991." Jeder, der rechnen kann, weiß, was das bedeutet, und die Ge-



winnangabe gilt nur für ein einziges Unternehmen.

Die Ökostuerkampagne der CDU hilft den Konzernen. Und in ihrem Steuerkonzept vom Januar wollte sie eine Entfernungspauschale von 50 Pfennig ab dem 15. km einführen – und damit von den Arbeitnehmern 5,1 Mrd. DM einkassieren.

Ich rate weiter zur Besonnenheit, weil der Unmut verständlicherweise groß ist, aber lange nicht so dramatisch äußert wie in anderen europäischen Ländern. Unsere Antwort muß lauten:

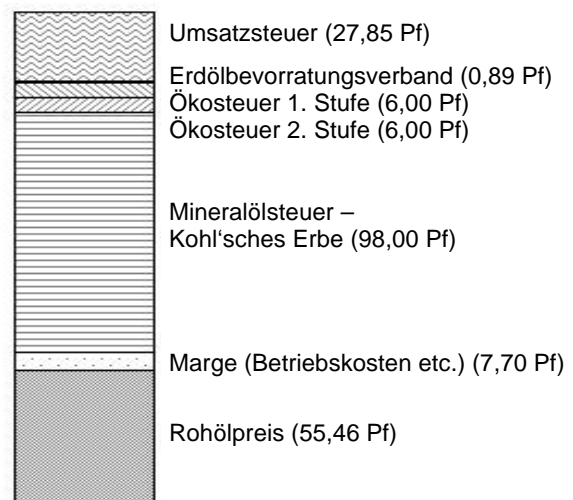
- Soziale Flankierung der hohen Belastungen.
- Innovation und Investition für mehr Energieeffizienz, Einsparung und Bedarfssenkung.

In beiden Bereichen werden wir tätig. Ich möchte aber auch daran erinnern, daß wir in beiden Bereichen schon jetzt nicht mit leeren Händen dastehen. Die Steuerreform wird die Arbeitnehmer zum 1. Januar in erheblichem Umfang entlasten. Wohngeld und BaföG werden zum ersten Mal seit langen Jahren wieder steigen, auch das Erziehungsgeld wird im kommenden Jahr erhöht. In dieser Woche haben wir einen Gesetzentwurf zur

Änderung des Eigenheimzulagegesetzes beraten, der die ökologische, energiesparende Komponente dieses Gesetzes verlängert. Die Bundesregierung hat den Gesetzentwurf für den Agrardiesel, der der Landwirtschaft hilft, beschlossen und dem Bundesrat zugeleitet (BR 468/00). Außerdem haben wir bereits im Juni einen Antrag zum Sozialdumping im Transportgewerbe eingebracht.

Gerhard Schröder hat weitere Initiativen vorgestellt: Eine erhöhte und in eine Entfernungspauschale umgewandelte steuerliche Berücksichtigung des Arbeitsweges, die auch eine ganz erhebliche Verringerung von Aufwand und Bürokratie bedeutet und eine Entlastung bei den gestiegenen Heizungskosten für Haushalte mit kleinem Einkommen.

So entstehen 201,9 Pfennige für Superbenzin:



Bodo Seidenthal, MdB	Büro: Unter den Linden 50, Zi. 1073/75 Telefon: 030/227-7 38 66	Bürgerbüro: Schuhstraße 24 38350 Helmstedt Telefon: 0 53 51/59 98 28	Wahlkreisbüro: Schillerstraße 6-8 38440 Wolfsburg Telefon: 0 53 61/1 44 18
Postanschrift: Platz der Republik 1 11011 Berlin	Fax: 030/227-7 64 19 E-Mail: bodo.seidenthal@bundestag.de Ansprechpartnerin: Katharina Fricke	Ansprechpartnerin: Bärbel Mart	Ansprechpartner: Dirk Roller

Zur Rentenreform

Wir werden in der Bundestagsfraktion und in der Partei noch über den Gesetzentwurf von Walter Riester diskutieren. Ich möchte deshalb an dieser Stelle nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern nur auf wenige wichtige Punkte hinweisen:

Wir machen diese Rentenreform, um die Altersversorgung in den kommenden Jahrzehnten auf eine solide und dauerhafte Basis zu stellen. Die Lasten, die sich aus der demografischen Entwicklung ergeben, können nicht einseitig auf den Schultern der nachwachsenden Generation abgeladen werden. Weil diese Aufgabe so bedeutend ist und Weichen für Jahrzehnte stellt, sind wir an einem möglichst breiten Konsens, mit den Oppositionsparteien und mit den Gewerkschaften interessiert. Deshalb finden mit allen intensive Gespräche statt.

Private Vorsorge gibt es heute schon in großem Umfang, aber sie wird in Zukunft verstärkt erforderlich sein. Deshalb werden wir sie für diejenigen, die sie aus eigener Kraft nicht leisten können, finanziell umfangreich unterstützen.

Das Renteneintrittsalter steht nicht zur Debatte.

Die Frage der nachgelagerten Besteuerung steht ebenfalls jetzt nicht zur Debatte. Wenn das Bundesverfassungsgericht diese Frage aufwerfen sollte, werden wir uns damit auseinandersetzen.

Das Ökosteueraufkommen nutzen wir, um die Lohnnebenkosten über die Rentenversicherungsbeiträge zu senken und Arbeit billiger zu machen. Dieser Ansatz ist die Grundlage der Ökosteuer, den wir nicht verändern. Deshalb bleiben wir dabei, im nächsten Jahr die Ökosteuer zu erheben und im Gegenzug die Rentenversicherungsbeiträge zu senken.

In eigener Sache

Den aufmerksamsten Lesern wird es nicht entgangen sein: der Ansprechpartner meines Wolfsburger Büros ist nicht mehr Bernd Telm, der jetzt für die Wolfsburg AG tätig ist. Ich wünsche ihm alles Gute und bedanke mich für seine Zusammenarbeit. Als seinen Nachfolger darf ich Euch Dirk Roller, den ehemaligen Vorsitzenden der Jusos im Landkreis Helmstedt, vorstellen.